

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**16/1176**

Alle Abg

c/o Schwules Netzwerk e.V.  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln  
www.schlau-nrw.de  
info@schlau-nrw.de

**Benjamin Kinkel**  
Landeskoordination SchLAu NRW  
benjamin.kinkel@schlau-nrw.de

**Stellungnahme von SchLAu NRW (Schwul Lesbisch Bi Trans\* Aufklärung)  
für die Sachverständigenanhörung im Haushalts- und Finanzausschuss des  
Landtags Nordrhein-Westfalen am 7. November 2013**

zum

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-  
Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

---

**Zu Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**

SchLAu NRW nimmt Stellung zu:

**Einzelplan 15**

**Kapitel 15035 – Emanzipation**

- **Titelgruppe 75:** Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Transgender

**Kapitel 15080 – Maßnahmen für das Gesundheitswesen**

- **Titelgruppe 64:** Bekämpfung erworbener Immunschwäche (Aids)

## Wie bewerten Sie als Verband/Initiative den Einzelplan 15?

### Kapitel 15035 - Titelgruppe 75: Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Transgender

---

Die lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans\* Aufklärer\_innen von SchLAu NRW besuchen Schulen und Jugendeinrichtungen und leisten Aufklärungsarbeit zu sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Sie engagieren sich also für die Akzeptanz von Mitbürger\_innen, die noch immer benachteiligt oder diskriminiert werden, weil sie mit *einer* Facette ihrer Persönlichkeit lesbisch und schwul, bisexuell oder trans\* sind.

Eine Sonderauswertung der Heitmeyer-Studie „Deutsche Zustände“ für Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2012 zeigte, dass insbesondere Jugendliche weiterhin und sogar wieder zunehmend homophobe Tendenzen zeigen. Homophobie, das nur zur Erinnerung, bedeutet Ausgrenzung, Anfeindung sowie psychische und physische Gewalt gegen Lesben und Schwule, die eben dadurch begründet wird, dass die Opfer nicht heterosexuell sind.

Diese Diskriminierung ist seit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz 2006 in Deutschland verboten. Im aktuellen Haushaltsentwurf unterstützt der Gesetzgeber die Akzeptanzarbeit für Frauen, Behinderte, Migrant\_innen und für Lesben und Schwule - grundsätzlich stimmt die Richtung also.

Wenn Sie nun zurücklehnend denken: „Jetzt geht es wieder um eine Minderheit, die mehr finanzielle Unterstützung vom Staat fordert“, dann haben Sie Recht. Selbstverständlich ist das Land Nordrhein-Westfalen in der Pflicht benachteiligte Gruppen zu unterstützen. Und tatsächlich reicht diese Benachteiligung als Grund für weitere finanzielle Forderungen vollkommen aus. Und trotzdem haben Sie im selben Zuge dieses Gedankens auch Unrecht; denn es geht gar nicht ausschließlich um die Rechte der diskriminierten Gruppen.

Es geht hier auch um die Ausbildung der Jugend und insofern um die Wettbewerbsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen. Die Heitmeyer-Studie deckte nämlich auch die Verschränkung von intoleranten Einstellungen und Verhaltensweisen auf: Die Wahrscheinlichkeit, dass Personen Migrant\_innen diskriminieren ist höher, wenn eben diese Personen auch negativ gegenüber Frauen, Behinderten oder Homosexuellen eingestellt sind. Eine intolerante Einstellung richtet sich also in der Regel nicht nur auf eine Eigenschaft, sondern auf beliebige, die untereinander ersetzbar, ergänzbar und erweiterbar sind.

Intoleranz und die Unfähigkeit Unterschiede aushalten und wertschätzen zu können sind aber nicht nur für die betroffenen Opfer negativ. Auch für die intoleranten Personen selbst kann ihre „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zum Bumerang werden. In einem

immer vielfältiger werdenden Nordrhein-Westfalen wird der respektvolle Umgang mit Unterschiedlichkeiten zu einer sozialen Schlüsselkompetenz. Wo im Arbeitsumfeld mit der lesbischen Kollegin oder dem Kollegen mit Migrationshintergrund nicht respektvoll umgegangen werden kann, weil eigene Vorurteile im Weg stehen, wird Teamarbeit erschwert und Ressourcen und Energie von sozialen Konflikten abgezogen, die die Arbeitsproduktivität insgesamt belasten können.

Unter dem großen Stichwort Diversity Management versuchen deshalb immer mehr Arbeitgeber\_innen ein Klima auf der Arbeitsstelle zu etablieren, dass Arbeitnehmenden unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder einer Behinderung ein zielorientiertes und wertschätzendes Arbeiten ermöglicht. Gesucht werden also Menschen, die mit der gesellschaftlichen Vielfalt selbstverständlich umgehen können. Diese Bildungserfordernisse sind Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen. Neben umfassenden Kenntnissen in Mathematik und Fremdsprachen ist also der kompetente Umgang mit Vielfalt eine zentrale Voraussetzung für die jetzigen und nächsten Generationen, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

Der Haushaltsentwurf 2014 spiegelt dies unseres Erachtens nicht ausreichend wider. An Schulen fehlen auch weiterhin Ansprechpartner\_innen, die umfassend ausgebildet und für alle Diskriminierungsmerkmale entsprechend des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zuständig sind. Ein systematisches Weiterbildungskonzept zum Kompetenzbereich Vielfalt für Berufstätige ist kaum umgesetzt. Der Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie der Landesregierung ist finanziell nur marginal ausgestattet und kann seine hehren Ziele so nicht erreichen. Statt das Thema Inklusion in einen umfassenden Diversity-Ansatz zu integrieren, wird darunter ausschließlich Behinderung verstanden.

Es bedarf also zweierlei: Einerseits müssen die diskriminierten Gruppen (also Frauen, Homosexuelle, Behinderte, Migrant\_innen u.a.) auch weiterhin jede für sich gestärkt und unterstützt werden. Denn auch wenn Diskriminierungsmechanismen und Vorurteile sich ähneln, so sind die Unterschiede sichtbar und wichtig. Andererseits muss in Nordrhein-Westfalen eine Vielfaltspolitik etabliert werden, die den Menschen hilft Unterschiede wertzuschätzen und ihnen die Kompetenz vermittelt diese als bereichernde Ressourcen zu nutzen. Insofern sind Investitionen in die Akzeptanzarbeit automatisch auch Investitionen in die Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

Als Vertreter der Schwul Lesbisch Bi Trans\* Aufklärung habe ich mit SchLAu begonnen und möchte auch damit enden. Als die Landesregierung 2011 eine hauptamtliche Landeskoordination für SchLAu NRW schuf, tat sie dies auch mit Ziel die Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bi und Trans\* landesweit zu verbessern. Mittlerweile

besuchen über 160 SchLAu-Aufklärer\_innen in 16 nordrhein-westfälischen Städten Schulen und andere Jugendeinrichtungen und sensibilisieren für die Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bi und Trans\*. Jedes Jahr werden so über 5.000 Teilnehmende erreicht, die Nachfrage ist größer als derzeit abgedeckt werden kann. SchLAu arbeitet mit daran, dass die Arbeitnehmer\_innen von morgen selbstverständlich mit Vielfalt umgehen können. Um diese Bildungsarbeit auch in Zukunft anbieten und ausweiten zu können ist eine Mittelerhöhung notwendig. Damit sich Vielfalt nachhaltig in Nordrhein-Westfalen verankern kann.

## **Grundsätzliche Herausforderungen**

### Daten zu Homophobie in Schulen und Jugendgruppen

LSBT\* Jugendliche sehen sich in ihrem Alltag noch immer mit Ablehnung, Diskriminierung sowie verbaler und physischer Gewalt konfrontiert. Eine bundesweite Befragung unter bisexuellen und schwulen Schülern ergab, dass in den letzten zwölf Monaten 17% Opfer von körperlicher Gewalt sowie 43% Opfer verbaler und psychischer Übergriffe geworden sind. 33% dieser Gewalterfahrungen fanden in der Schule statt.

In nur 28% der Schulen wurden Spott und Beschimpfungen aktiv unterbunden, nur 47% der Schüler fanden bei ihren LehrerInnen Unterstützung und nur 46% konnten auf ihre MitschülerInnen zählen. 57% der Befragten empfehlen anderen Homosexuellen sich zu verstecken und mit dem Outing auf die Zeit nach der Schule zu warten.<sup>1</sup>

Homophobes Mobbing geschieht nicht zufällig, sondern steht an vielen Schulen vorhersehbar auf der Tagesordnung. Teilweise wird dies durch überforderte Lehrkräfte verstärkt, die sich homophober Diskriminierung gegenüber häufig hilflos und daher handlungsunfähig zeigen.<sup>2</sup>

Diese Zahlen erstaunen umso mehr, als dass nur die wenigsten Jugendlichen homosexuellen Mitmenschen je begegnet sind, sie gut kennen und/oder wissen wie sie leben und fühlen. Jenseits von Medien, Politik und Erzählungen gibt es nur wenige (sichtbare) Begegnungen. Über Schwule, Lesben, Bi und Trans\* wird geredet, mit ihnen fast nie. Hier setzt die Bildungsarbeit von SchLAu NRW an.

---

<sup>1</sup> Vgl. Maneo Umfrage 2: Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland (2007/2008)

<sup>2</sup> Studie des Niedersächsischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales. (2001)

## **Kapitel 15080 – Titelgruppe 64: Bekämpfung erworbener Immunschwäche (Aids)**

---

Schwule Männer sind eine besonders von HIV und Aids betroffene Gruppe. Im Jahr 2012 infizierten sich nach den aktuellen Zahlen des Robert-Koch-Institutes in Nordrhein-Westfalen insgesamt 540 Männer mit HIV, die Sex mit Männern hatten. Dies entspricht einem Anteil von 72 % an der Gesamtzahl der im Jahr 2012 in NRW neu infizierten Personen. Daher halten wir es für eine wichtige Aufgabe, die zielgruppenspezifische AIDS-Prävention für schwule Männer zu verstärken.

### **Ist der Haushaltsentwurf 2014 aus Ihrer Sicht geschlechtergerecht?**

Hinsichtlich der Titelgruppen, zu denen wir oben Stellung genommen haben, sehen wir die Anerkennung geschlechtsbedingter Verschiedenheit und die Gewichtung der Ansprüche auf Gleichheit und Andersartigkeit angemessen umgesetzt.